

Rede zum Haushalt von Luigi Brilante am 28.2.2019

Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, nach der letzten Haushaltsdebatte im April 2018 hat die Frankfurter Rundschau getitelt: *„Stadt Frankfurt will eisern sparen“*. Dieser Wille scheint der Koalition leider im Laufe des Jahres verloren gegangen zu sein.

Sparen ist das Gebot der Stunde

Im vorgelegten Haushalt für 2019 sieht die Stadt z.B. eine Erhöhung des Zuschusses an die Wirtschaftsförderung um 1,4 Millionen vor; die Tourismus- und Kongress-GmbH erhält neben einem satten Zuschuss von 3 Millionen eine weitere halbe Million aus dem Tourismusbeitrag obendrauf und die Städtische Kommunikation wird 4 Millionen mehr erhalten, insgesamt 11,2 Millionen. Allein diese drei Zuschusserhöhungen lässt sich die Koalition sechs Millionen Euro kosten.

Muss eine Stadt, die an Attraktionen offenbar so reich ist, dass sie eine Besucherzahl von über 10 Millionen Übernachtungen im Jahr vorweisen kann, dennoch jährlich die städtischen Zuschüsse für Stadtmarketing erhöhen? Nein muss sie nicht! Und sie sollte es auch nicht, solange es für die Herausforderungen, die der Run auf die Stadt mit sich bringt, noch keine Lösungen gibt. Für manche Probleme, wie der Mangel an geeignetem Parkraum für Touristikbusse, lassen sich sicher zeitnahe Lösungen finden – und ich hoffe, dass hier vorrangig die Interessen der Frankfurter Bürger berücksichtigt werden. Andere Probleme, die aus der steigenden Attraktivität unserer Stadt resultieren, wie fehlender bezahlbarer Wohnraum, ein überlastetes ÖPNV-Netz und verschmutzte Luft durch den Individualverkehr, können nur mittel- und langfristig gelöst werden. Und sie kosten viel Geld. Deshalb sind unnötige Ausgaben, wie die oben erwähnten 6 Millionen Euro den Frankfurter BürgerInnen nicht zu vermitteln.

Einem Schildbürgerstreich gleich kommt auch die Schaffung von drei neuen Vollzeitstellen im Amt für Kommunikation, kaum dass die teure Posse um den Hauptstadtaußenbeauftragten ein abruptes Ende fand. Die drei neuen Citymanager sollen die verschiedenen Akteure des Frankfurter Stadtmarketings vernetzen, heißt es laut Presse und: *„Derzeit sei das Team mit der Erstellung eines Konzeptes für einen Runden Tisch beschäftigt“*.

City-Manager werden normalerweise von Kommunen installiert, um den Leerstand in den Innenstädten zu reduzieren, ein Problem, das Frankfurt aber nicht hat. Und um das Problem fehlender Nahversorgung in den Stadtteilen werden sich die drei Vollzeitmitarbeiter vermutlich nicht kümmern, oder? Es gibt Stadtteile in Frankfurt, die seit Jahren weder über eine Bank noch über einen Bankautomaten verfügen und in denen der Bus zum Nachbar-Stadtteil tagsüber nur alle 30 Minuten fährt. Es wäre eine lohnende Aufgabe, hier Verbesserungen für die Bevölkerung herbei zu führen.

Integration, Soziales, Bildung

„Gute Bildung für alle“ steht im Koalitionsvertrag, aber von Chancengleichheit kann man in Frankfurt nicht sprechen. Seit Beginn der neunziger Jahre hat sich die Zahl der Kinder, die eine Privatschule besuchen, fast verdoppelt, laut einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Demnach gehen heute 9 Prozent aller Schüler in Deutschland auf eine Privatschule.

Wir haben im vergangenen Jahr vom Magistrat wissen wollen, wie sich die Situation auf dem Frankfurter Privatschulmarkt darstellt. 22 private, sogenannte Ersatz-Schulen gibt es in unserer Stadt, lautete die Antwort, aber die Frage nach der Höhe der Schulgelder konnte oder besser wollte der Magistrat in seinem Bericht vom Mai 2018 nicht liefern.

Dabei verbietet das Grundgesetz mit Artikel 7, Absatz 4, eine Sonderung der SchülerInnen nach den Besitzverhältnissen der Eltern. Ob dieses Verbot eingehalten wird, lässt sich aber nur mit Kenntnis der Schulgeld-Höhe feststellen. Wir haben deshalb mit Antrag NR 630 den Magistrat erneut aufgefordert, die Schulgeldhöhe der Privatschulen zu ermitteln. Die Koalition hat den Antrag abgelehnt. Sie hat kein Interesse an dem Wissen, ob Frankfurter Privatschulen grundgesetzkonform handeln oder ob sie große Teile der Bevölkerung von ihrem Angebot ausschließen.

Nicht nur, dass wir keine Antwort bekommen die Stadt will mit der M 12 sogar die Realisierung einer privaten Katholischen Schule mit einem Investitionskostenzuschuss in Höhe von 16 Mio. Euro unterstützen. Denkt der Magistrat wirklich daran, private Schulen zu fördern, anstatt das Geld für die öffentlichen Schulen auszugeben? Wollen sie jetzt nicht nur eine Sonderung der Kinder nach den Besitzverhältnissen der Eltern, sondern auch noch nach dem Glauben. Wollen Sie wirklich so einen fatalen Trend fördern? Was wird folgen? Etwa eine islamische Privatschule und vieles anderes mehr? Müssten dann diese auch nicht unterstützt werden?

Ich wüsste zu gerne, auf welche Schulen Sie hier im Saal ihre Kinder geschickt haben. Sicher haben die meisten alles getan, damit das Kind ein Gymnasium besuchen konnte. Gab es mal Schwierigkeiten, orderte man Nachhilfe oder das Kind wechselte eben auf eine Privatschule. Das ist auch der Grund, warum in Sachsenhausen, im Nordend und im Westend fast alle Kinder das Gymnasium besuchen – nicht weil diese Kinder intelligenter sind als die in Fechenheim oder Nied.

Karriere kann man nicht nur mit einem Studium sondern z.B. auch mit einer guten Ausbildung und einem interessanten Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung machen. Um allen Bewerbern die gleichen Chancen zu ermöglichen und Diskriminierungen zu vermeiden, die durch einen nicht-deutschen Namen des Bewerbers entstehen könnten, fordern wir seit vielen Jahren das anonymisierte Bewerbungsverfahren. Im Koalitionsvertrag haben CDU, Grüne und SPD 2016 vereinbart: *„Für die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wollen wir den Einsatz eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens in einzelnen Bereichen erproben und evaluieren.“*

Jetzt, drei Jahre später, startet die Stadt endlich ein Modellprojekt: Bei 15 Positionen für Fach- und Führungskräfte in den Bereichen Technik, Pädagogik und Verwaltung wird die anonyme Bewerbung erprobt. Ich schätze, bis wir die Auswertung haben, dauert es nochmal 2 Jahre. Dann ist die Wahlperiode vorbei und sie können sich eine neue Formulierung für den nächsten Koalitionsvertrag ausdenken. Papier ist bekanntlich geduldig.

Auch in anderen Feldern der Integration vermissen wir ein Engagement der Stadt, wenn man von der riesigen Summe von 5.000 Euro für die Unterstützung der von der KAV initiierten Fahrten zum Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland absieht.

Apropos KAV, warum gibt es die überhaupt? Ach wir haben immer noch nicht das Kommunale Wahlrecht für alle, obwohl alle Parteien, auch Teile der CDU, es wollen, schön, dann haben wir die Ausländerbeiräte als Alibi. Sie werden aber nicht in der Lage versetzt, effizient zu arbeiten. Deswegen haben Sie unseren Antrag E 200, der bessere Arbeitsbedingungen für die KAV fordert, abgelehnt. Sie wollen gar nicht, dass sich immer mehr Migranten*innen aktiv an städtischer Politik beteiligen. Auch unseren Antrag E 225, der einen eigenständigen Integrationsausschuss fordert, haben Sie abgelehnt. Durch die Zusammenlegung mit dem Bildungsausschuss haben Sie die politische Diskussion über Integration abgewürgt. Im letzten Ausschuss für Bildung und Integration waren wir nach drei Stunden noch beim Bericht der Dezernenten. Wo soll da noch Zeit sein, um über Integration zu debattieren?

Die größte integrationsfördernde Maßnahme der letzten Jahre, die Inklusion, wurde von oben diktiert, von der UN, sonst hätten wir heute noch keine Inklusion. Und was passiert jetzt, auch in Frankfurt: die Inklusion wird boykottiert, es werden keine Mittel zur Verfügung gestellt. Es gibt kein Konzept, die Schulen werden alleine gelassen, jeder kocht sein eigenes Süppchen. Bislang sind nur zwei Sonderschulen für Lernhilfe abgeschafft, wann werden endlich auch die restlichen abgeschafft?

Es müssen mehr Maßnahmen zur Vermeidung grober Diskriminierungen z.B. auf dem Wohnungsmarkt ergriffen werden. Unserem Vorschlag, eine Informationskampagne für Vermieter und Mieter zu starten und darin über die rechtlichen Grundlagen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und des Mietrechtes aufzuklären sowie den Betroffenen Möglichkeiten aufzuzeigen, gegen Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt vorzugehen, hat der Magistrat geringe Erfolgsaussichten bescheinigt. Eigene Vorschläge hat er nicht vorgelegt.

Bedarf besteht nach wie vor bei der Unterstützung älterer Migranten, die ihr Arbeitsleben in unserer Stadt verbracht haben, aber in den Angeboten der Seniorenhilfe zu wenig präsent sind.

Was uns in der Zukunft noch große Probleme bereiten wird, ist der Mangel an seniorengerechten Wohnungen. Hier muss die Stadt sich stärker engagieren. Wir fordern deshalb den Magistrat auf, ein Programm „Seniorengerechtes Wohnen in Frankfurt am Main“ zu initiieren, das bevorzugt in den städtischen und stadtnahen Wohnungsbaugesellschaften umgesetzt wird und sich mit der seniorengerechten Umrüstung beziehungsweise Renovierung des Altbaubestands befasst, sowie bereits bei der Planung von Neubauten seniorengerechtes Wohnen zwingend berücksichtigt.

Wir haben hier schon mehrfach die Idee eines so genannten „Bornheimer Senioren Shuttle“ vorgetragen, der von den verschiedenen Senioreneinrichtungen im Stadtteil nach Bornheim Mitte fährt, damit die Menschen wieder am öffentlichen Leben teilnehmen können. Denn seit Jahren beschweren sich Bornheimer Senioren darüber, dass für sie der Weg an eine Haltestelle (U-Bahn, Straßenbahn, Bus) des Öffentlichen Personennahverkehrs in Frankfurt-Bornheim zu weit und zu beschwerlich ist.

Viele finden sich deshalb vom öffentlichen Leben, beispielsweise vom Besuch des Bornheimer Wochenmarktes oder der Berger-Straßen-Gastronomie ausgeschlossen.

Seniorengerechte Mobilität ist natürlich nicht nur in Bornheim ein großes Thema, aber hier könnte der Magistrat endlich einen Anfang machen!

Im Jahr 2014 schloss der Magistrat das einzige Frankfurter Krematorium auf dem Hauptfriedhof, nachdem mehr als 100 Jahre lang dort Leichen eingeäschert wurden. Das ist ein Armutszeugnis für Frankfurt. Dabei nimmt der Trend zur Feuerbestattung zu. Wir fordern daher ein Umdenken in der Stadtregierung. Frankfurt braucht wieder ein eigenes Krematorium.

Verkehr

„Wir müssen beim Ausbau des ÖPNV aus dem schlafwagenmäßigen Turnus heraus und die Geschwindigkeit deutlich nach oben fahren“ hat Bürgermeister Uwe Becker in der Plenarsitzung im November gesagt. Absolut richtig. Unbestritten brauchen wir eine Verkehrswende und zwar schnell. Wer in der Innenstadt wohnt und gute und sichere Radwege nutzen kann oder in den Stadtteilen weiter draußen wohnt und über gut getaktete und verlässliche Buslinien verfügt, der lässt sein Auto öfter stehen oder verzichtet sogar ganz auf einen eigenen PKW.

Deshalb unterstützen wir die Initiative Radentscheid und fordern den Magistrat auf, die finanziellen Mittel zur Projektierung und Umsetzung des Gesamtkonzeptes, das dem Bürgerbegehren „Radentscheid“ zugrunde liegt, zur Verfügung zu stellen.

Vergessen wir aber auch nicht die wichtigste Mobilität in der Stadt: Das zu Fuß gehen. Die Frankfurter Gehwege sind in der Regel gut in Schuss und fast ohne Stolperfallen. Dass sie dennoch oft nicht benutzbar sind, liegt daran, dass sie von vielen Autofahrern als Parkwege missbraucht werden. Vor allem in den Stadtteilen ist das ein Problem. Das Ordnungsamt antwortet bei Beschwerden von Bürgern, dass es keine Zeit und kein Personal habe für die Überwachung des ruhenden Verkehrs und fordert die Bürger auf, selbst tätig zu werden und eine Anzeige zu stellen. Das ist unzumutbar. Wir fordern endlich ausreichend Personal für die Sanktionierung von zugeparkten Rad- und Gehwegen.

Zu einer Verkehrswende gehört auch das Ausweisen von autoarmen Wohngebieten, leider hat die Koalition unseren aktuellen Antrag, dass Wohngebiet Am Eschbachtal, ehemals Bonames Ost, auto-arm zu planen, abgelehnt. Dieses Wohngebiet wird seit 40 Jahren geplant, ein überarbeiteter Bebauungsplan Nr. 516 wurde vom ehemaligen Planungsdezernat Olaf Cunitz im Jahr 2015 vorgelegt. Die neue Koalition hat diesen Bebauungsplan aber kassiert. Warum? Wegen der Sorge einiger Bonameser Bürger, dass es zu einem Verkehrskollaps im Stadtteil käme? Dann haben wir die Lösung: Ein auto-armes Wohngebiet lässt sich aufgrund der guten Infrastruktur hier bestens umsetzen. Unser Antrag hierzu liegt Ihnen vor.

Wir bedauern auch, dass die Koalition sich nicht darauf einigen konnte, vollständig auf die Ausschreibung der Buslinien zu verzichten. Das ist von großem Nachteil für die betroffenen Fahrgäste. Da nun aber immerhin 50 Prozent des Busverkehrs direkt vergeben werden, fordern wir, dass sich diese Verringerung der Aufgaben auch in der Reduzierung der Fördersumme von traffiq darstellt.

Mit dem Geld könnte die Stadt z.B. die von uns geforderte Verlängerung der Straßenbahn 16 in Richtung Offenbach realisieren und es könnte die Planung der U-

Bahn vom Südbahnhof über die Sachsenhäuser Warte nach Neu-Isenburg wiederaufgenommen werden. Bei der E-Mobilität muss die Stadt ebenfalls aus dem Schlafwagen-Turnus raus. Während Städte wie Berlin und München über mehr als 600 Ladestationen verfügen, sind es in Frankfurt gerademal 49 öffentlich-zugängliche Ladesäulen.

Unser Fazit: Die Stadt sollte sparen, wo es keinem wehtut und investieren, wo sie nachweisbar die Lebensqualität der Menschen verbessern kann.

Danke.